

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XIX
 A. Die Entwicklung des Berufsbeamtentums in Deutschland	
I. Die Geschichte des Berufsbeamtentums in Deutschland	1
II. Die Reform des Beamtenrechts in Deutschland	3
 B. Die allgemeinen Grundlagen des Beamtenrechts	
I. Die Grundbegriffe des Beamtenrechts	5
1. Das öffentlich-rechtliche Dienst- und Treueverhältnis als Inbegriff des Beamtenrechts.	5
2. Der Beamtenbegriff.	7
3. Das Amt.	9
II. Die Arten des Beamtenverhältnisses	10
1. Die einzelnen Unterscheidungskriterien	10
2. Die gesetzlichen Sonderregelungen für einzelne Beamtengruppen	11
III. Die Gesetzgebungskompetenzen im Bereich des Beamtenrechts.	13
 C. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtentums	
I. Der Leistungsgrundsatz des Art. 33 Abs. 2 GG	18
1. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des Art. 33 Abs. 2 GG und der behördliche Beurteilungsspielraum	18
2. Der Anwendungsbereich von Art. 33 Abs. 2 GG.	20
3. Der Inhalt des Leistungsgrundsatzes.	21
a) Der Bewerbungsverfahrensanspruch des Art. 33 Abs. 2 GG	21
b) Das verfahrensspezifische Optimierungsgebot des Art. 33 Abs. 2 GG ...	22
4. Die Negativkriterien des Art. 33 Abs. 3 GG	24
II. Der Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG	25
1. Der Begriff der „Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse“.	26
2. Art. 33 Abs. 4 als Privatisierungsschranke.	27
III. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums	28
1. Der Kernbereich von Strukturprinzipien.	31
2. Die Einzelgrundsätze.	32
IV. Die europa- und völkerrechtlichen Einflüsse auf das Beamtenrecht.	34
1. Die europarechtlichen Einflüsse auf das Beamtenrecht	34
a) Der Stellenvorbehalt für Deutsche.	34
b) Das Gleichstellungsrecht.	35
2. Die Menschenrechtskonvention.	36
 D. Die Begründung, Veränderung und Beendigung des Beamtenverhältnisses	
I. Das Laufbahnrecht.	41
1. Das Laufbahnprinzip.	41
2. Die Laufbahngruppen	41
	IX

3. Die Probezeit	43
4. Der Laufbahnwechsel	44
5. Der Aufstieg.	44
II. Die Ernennung	45
1. Die Voraussetzungen, um Dienstherr sein zu können	46
a) Die Dienstherrnfähigkeit	46
b) Die Ernennungskompetenz	47
c) Die Stellenausschreibung.	48
d) Das Erfordernis der hoheitlichen Aufgaben.	48
e) Das Planstellenerfordernis.	49
2. Die persönlichen Voraussetzungen betreffend den Bewerber.	49
a) Die deutsche Staatsangehörigkeit	50
b) Die Verfassungstreue	51
c) Die Laufbahnvoraussetzungen.	55
d) Weitere Voraussetzungen.	55
3. Die Form und das Verfahren der Ernennung.	58
a) Die Ernennungsurkunde	58
b) Die Ernennung als mitwirkungsbedürftiger, bedingungsfeindlicher Verwaltungsakt	60
4. Die Ernennungsfehler und deren Rechtsfolgen	61
a) Die Nichternennung	61
b) Die nichtige Ernennung	62
5. Die Rücknahme der Ernennung	64
a) Die Wirkung der Rücknahme	64
b) Die obligatorische Rücknahme – § 14 Abs. 1 BBG.	65
aa) Die Ernennung unter Einsatz unlauterer Mittel (Nr. 1)	66
bb) Die Rücknahme bei rechtskräftiger Verurteilung (Nr. 2)	68
cc) Das Fehlen der deutschen Staatsangehörigkeit (Nr. 3)	69
c) Die fakultative Rücknahme – § 14 Abs. 2 BBG.	69
d) Das Verbot der Führung weiterer Dienstgeschäfte – § 15 BBG.	70
6. Die Rechtsfolgen einer fehlerhaften Ernennung.	71
a) Die Rechtshandlungen im Außenverhältnis des fehlerhaft Ernannten.	71
b) Das faktische Beamtenverhältnis.	73
III. Die Anstellung.	74
IV. Die Umwandlung	76
V. Die Beförderung.	77
1. Die Voraussetzungen der Beförderung	77
2. Die Beförderungsgrundsätze.	79
VI. Die Zurückstufung.	86
VII. Die Versetzung.	87
1. Das Wesen der Versetzung.	87
2. Die Voraussetzungen einer Versetzung im Sinne von § 28 BBG.	88
a) Die dienstlichen Gründe beim Dienstherrnwechsel	89
b) Die dienstlichen Gründe ohne Dienstherrnwechsel	90
c) Die Zustimmung des Beamten.	91
d) Die Gleichwertigkeit des Amtes und die Beibehaltung des Endgrundgehaltes	91

e) Die Ermessensentscheidung des Dienstherrn	92
f) Die Versetzung als Verwaltungsakt	93
VIII. Die Abordnung	94
IX. Die Umsetzung	99
X. Die Beendigung des Beamtenverhältnisses	102
1. Die Beendigung durch Tod des Beamten	102
2. Die Beendigung durch Entlassung	102
a) Die Entlassung qua Gesetz	103
b) Die Entlassung aufgrund obligatorischer Entlassungsgründe	106
c) Die Entlassung auf Antrag des Beamten	107
d) Die Entlassung aufgrund fakultativer Entlassungsgründe	110
3. Der Verlust der Beamtenrechte	116
4. Die Beendigung durch Eintritt in den Ruhestand	118
a) Der Eintritt in den Ruhestand bei Erreichung der Altersgrenze	118
b) Der Eintritt in den Ruhestand aufgrund von Dienstunfähigkeit	120
5. Die erneute Berufung in das Beamtenverhältnis	124
6. Die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand	126
E. Die Pflichten des Beamten	
I. Die Hingabepflicht	128
II. Die Wohlverhaltenspflicht	129
III. Die allgemeine Treuepflicht	131
IV. Die politische Treuepflicht	131
V. Die Gehorsams- und Remonstrationspflicht	134
VI. Die Neutralitäts- und Mäßigungspflicht	137
VII. Die Pflicht zur Gemeinwohlorientierung	140
VIII. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit	140
F. Die Folgen von Pflichtverletzungen	
I. Die Schadensersatzpflicht des Beamten	142
1. Die vermögensrechtliche Haftung des Beamten nach § 75 BBG	142
2. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 75 BBG	142
3. Die Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs durch den Dienstherrn ..	144
II. Die disziplinarrechtlichen Folgen	144
G. Die Rechte des Beamten	
I. Die Fürsorge- und Schutzrechte	147
1. Die Auffang- und Klammerfunktion der Fürsorgepflicht	147
2. Die Generalklausel des § 78 BBG	147
3. Die Folge von Fürsorgepflichtverletzungen	149
II. Das Alimentationsprinzip und das Recht auf Besoldung und Versorgung	149
1. Der Inhalt der Alimentationspflicht	149
2. Die Dienstbezüge	151
3. Die Verjährung von besoldungsrechtlichen Ansprüchen	159

4. Die Grenzen der Alimentationspflicht	159
5. Die Rückforderung zu viel gezahlter Bezüge	160
III. Das Recht auf Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen	162
1. Beihilfeberechtigte, berücksichtigungsfähige Angehörige	165
2. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen	166
3. Beihilfefähige Aufwendungen bei Krankheit	167
a) Aufwendungen für zahnärztliche Leistungen	168
b) Aufwendungen für psychotherapeutische Behandlungen	168
c) Arznei- und Verbandmittel	168
d) Heilbehandlungen	169
e) Hilfsmittel	169
f) Krankenhausbehandlung	171
g) Vorübergehende häusliche Kranken- und Behandlungspflege	171
h) Familien- und Haushaltshilfe	172
i) Die Fahrtkosten	173
4. Die wissenschaftlich nicht allgemein anerkannten Behandlungsmethoden	174
5. Die Vorsorgemaßnahmen	174
6. Die Beihilfegewährung anlässlich einer Geburt	175
7. Der Beihilfebemessungssatz	175
8. Die Gewährung von Beihilfe nach dem Tod des Beihilfeberechtigten	176
9. Das Verfahren zur Gewährung von Beihilfe	176
IV. Der Anspruch auf Reisekostenerstattung	177
1. Die Anspruchsvoraussetzungen	177
2. Die Fahrtkostenerstattung	178
a) Erstattung bei Benutzung regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel	178
b) BahnCard	178
c) Erstattung von Flugkosten	179
d) Erstattung bei Benutzung eines Mietwagens	179
e) Erstattung von Taxikosten	179
3. Die Wegstreckenentschädigung bei Benutzung eines Kfz	180
4. Das Tagegeld für Verpflegungsmehraufwendungen	180
5. Das Übernachtungsgeld	181
a) Die Übernachtung im Hotel oder in einer Pension	181
b) Die Übernachtung in der eigenen Wohnung, Zweitwohnung, Ferienwohnung oder Wohnung eines Familienangehörigen	182
6. Sonstige Auslagen	182
V. Der Anspruch auf Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld	183
1. Die Umzugskostenzusage	183
2. Die Umzugskostenvergütung	183
3. Das Trennungsgeld	184
VI. Die Rechte betreffend die Personalakten	185
1. Das formelle Personalaktenrecht	185
2. Das materielle Personalaktenrecht	186
3. Die Ansprüche des Beamten bzgl. der Personalakte	188
4. Die gerichtliche Durchsetzung der Ansprüche	189
5. Die Beihilfeakte	190

VII. Das Nebentätigkeitsrecht	191
1. Der Begriff der Nebentätigkeit	191
2. Das abgestufte Verfahren zur Erlaubnis von Nebentätigkeiten	192
3. Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten und deren Ausnahmen	193
4. Die Beeinträchtigung dienstlicher Interessen als Versagungsgrund	195
VIII. Die Koalitionsfreiheit	196
1. Kein Streikrecht	197
2. Der Einsatz von Beamten anstelle des streikenden Tarifpersonals	199
IX. Das Recht auf angemessene Amtsbezeichnung	201
X. Die Grundrechte im Beamtenverhältnis	201
1. Die Tätigkeiten außerhalb des Dienstes	202
a) Die Abgrenzung zwischen privater und dienstlicher Aktivität	203
b) Die Einschränkungen der Grundrechtsbetätigung	203
2. Die Tätigkeiten im innerdienstlichen Bereich	204
3. Die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben	205
4. Die politisch oder religiös motivierte Kleidung	205
a) Das Tragen eines Kopftuchs	205
b) Die auffallenden Kleidungs- und Schmuckstücke	206
H. Die dienstliche Beurteilung	
I. Die Aufgabe und der Gegenstand der dienstlichen Beurteilung	209
II. Die zu beurteilenden Personen	210
III. Die Bildung von Richtwerten	211
IV. Der Rechtsschutz gegen die dienstliche Beurteilung	212
I. Der Dienstunfall	
I. Der Dienstunfallschutz im engeren Sinne	214
1. Die Dienstverrichtung	214
2. Das Unfallereignis	216
3. Die haftungsbegründende Kausalität	217
4. Der Körperschaden	217
5. Die „haftungsausfüllende Kausalität“	217
II. Der Wegeunfallschutz	218
III. Die formellen Anforderungen	222
J. Der Rechtsschutz im Beamtenverhältnis	
I. Der Verwaltungsakt als zentrale Rechtsfigur	223
II. Maßnahmen mit und ohne Außenwirkung	224
III. Die beamtenrechtliche Konkurrentenklage	225
IV. Der Rechtsschutz in kirchlichen Streitigkeiten	228
Bundesbeamtengesetz	233
Stichwortverzeichnis	293